

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR und der BA
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs
am 05./06.07.2005

7. Beitragsrechtliche Auswirkungen einer Umwandlung von Arbeitsentgelt bei Überlassung von Firmenfahrzeugen

- 390.4 -

Nach § 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV sind Arbeitsentgelt alle laufenden oder einmaligen Einnahmen aus einer Beschäftigung, gleichgültig, ob ein Rechtsanspruch auf die Einnahmen besteht, unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form sie geleistet werden und ob sie unmittelbar aus der Beschäftigung oder im Zusammenhang mit ihr erzielt werden. Überlässt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer ein (geleastes) Firmenfahrzeug (PKW) zur unentgeltlichen privaten Nutzung, so handelt es sich um einen Sachbezug, dessen geldwerter Vorteil Arbeitsentgelt im Sinne des § 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IV darstellt. Ergänzend hierzu schreibt § 6 Abs. 1 Satz 3 SachBezV vor, dass die in § 8 EStG enthaltenen steuerlichen Regelungen für die Bewertung von Sachbezügen im Sozialversicherungsrecht entsprechend anwendbar sind. Insoweit kann der geldwerte Vorteil für die private Nutzung eines Firmenfahrzeugs pauschal für jeden Monat mit 1 v. H. des auf volle 100 EUR abgerundeten Listenpreises angesetzt werden.

In der Praxis treten Fälle auf, in denen Arbeitgeber ihren außertariflichen Mitarbeitern die Möglichkeit anbieten, einen (geleasten) PKW zur dienstlichen und privaten Nutzung aus dem Arbeitsentgelt zu unterhalten. Nach Wahl eines PKW durch den Arbeitnehmer schließt der Arbeitgeber mit einer Leasinggesellschaft einen Leasingvertrag (Finanz-Leasingrate einschließlich Full-Service) ab. Anschließend trifft der Arbeitgeber mit dem Arbeitnehmer eine Vereinbarung über eine Umwandlung des Arbeitsentgelts und über die Fahrzeugnutzung. Dabei setzt sich der umzuwandelnde Betrag aus der Full-Service-Leasingrate und der Rate für sonstige laufende Kosten (Benzin, Versicherungen, Steuer usw.) zusammen; die Addition beider Werte ergibt den Gesamtumwandlungsbetrag (= Nutzungsentgelt). Gleichzeitig wird der vom Arbeitnehmer zu versteuernde geldwerte Vorteil für die private Nutzung des PKW durch Anwendung der 1 v. H.-Regelung und für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ermittelt.

Beispiel:

Bruttoarbeitsentgelt	5000,00 EUR
Nutzungsentgelt	682,82 EUR
geldwerter Vorteil	450,00 EUR

Nach Auffassung der Besprechungsteilnehmer handelt es sich bei dem vom Arbeitnehmer zu zahlenden Nutzungsentgelt um einen Betrag, der im Nettobereich der Entgeltabrechnung berücksichtigt werden muss. Dies bedeutet, dass das Nutzungsentgelt entsprechend den steuerrechtlichen Regelungen (R 31 Abs. 9 Nr. 4 Satz 1 LStR 2005) lediglich den geldwerten Vorteil aus der privaten Nutzung des überlassenen Firmenfahrzeugs sowie für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mindert. Da das Nutzungsentgelt im vorstehenden Beispiel den geldwerten Vorteil übersteigt, ist dieser mit 0 EUR anzusetzen. Eine Minderung anderer Arbeitsentgeltbestandteile um den überschießenden Betrag des Nutzungsentgelts - hier in Höhe von $(682,82 \text{ EUR} - 450 \text{ EUR}) = 232,82 \text{ EUR}$ - ist nicht zulässig.